



SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFT
IN IRLAND

DUBLIN 4, 10. März 1976
6, Ailesbury Road

Ref.: 381.0 - AM/cs
w/cj

P.B. Nr. 4

an					ala
Datum					24.3
Via					f
EPD					
Ref. p. A. 21. 31. Dublin					

Treffen zwischen den Minister-
präsidenten Wilson und Cosgrave

Gespräch mit einem hohen Beamten X
des Aussenministeriums, Mitglied
der irischen Delegation.

Auf Einladung des britischen Premiers hat sich der irische Regierungschef Cosgrave, begleitet vom stellvertretenden Ministerpräsidenten und Aussenminister Dr. FitzGerald am 5. März für einen kurzen Besuch nach London begeben. Der Meinungs austausch der beiden Regierungschefs über die Situation, die sich aus dem Scheitern, tags zuvor, der zweiten, einmonatigen Phase der nordirischen verfassunggebenden Versammlung ergeben hatte, nahm gemäss X so viel Zeit in Anspruch, dass auf die anderen auf die Agenda gesetzten Themen: direkte Wahlen in das europäische Parlament, europäische Probleme incl. Tindeman Bericht, EG Fischereipolitik, praktisch nicht mehr eingegangen werden konnte. Sie seien im gemeinsamen Communiqué nur deshalb erwähnt worden, weil man in Belfast Gipfeltreffen der beiden Premiers, die ausschliesslich das nordirische Problem zum Gegenstand haben, nicht schätze.

In den verantwortlichen irischen Kreisen war kaum jemand anzutreffen, der den Boden der Realitäten so weit unter den Füssen verloren hätte, dass er auf einen Erfolg dieser letzten politischen Initiative Grossbritanniens ge-

./.

- 2 -

zählt hätte. Die Problematik hat sich nicht geändert: hier die katholische Minderheit, mit der SDLP Partei als politisches Sammelbecken, die, mit dem immer etwas weiter in die Ferne rückenden Fernziel einer Wiedervereinigung mit der Republik, auf ihrem Anspruch auf eine Anzahl Sitze in einer künftigen Provinzregierung beharrt, dort die in der UUUC zusammengefassten, von Ehrw. Pfarrer Paisely immer mehr beherrschten protestantischen Parteien, die im Verband des britischen Königreiches verbleiben und vor allem ihre während Jahrzehnten ausgeübte Alleinherrschaft unter Ausschluss der Katholiken wieder herstellen wollen. Zu einem Ausgleich oder auch nur gewisse Hoffnungen erweckenden Annäherung ist es nicht gekommen.

Man vermerkt hier mit Befriedigung, dass Premier Wilson trotz des Scheiterns auch dieses Lösungsversuches unbeirrt an seiner bisherigen Politik festhält, wonach eine künftige Provinzregierung für Westminster nur akzeptierbar ist, wenn die SDLP darin vertreten ist. Von der Möglichkeit eines Rückzuges Grossbritanniens aus Nordirland, die gemäss X vor einigen Monaten nicht ganz von der Hand zu weisen gewesen war, oder auch nur einer von der irischen Fiana Fail Oppositionspartei geforderten entsprechenden britischen Absichtserklärung sei nicht mehr die Rede. Eine britische Verzichtspolitik gegenüber Nordirland könne von Labour und noch viel weniger von der konservativen Partei allein wegen dem Auftrieb nicht in Erwägung gezogen werden, die sie den Autonomiebestrebungen in Schottland und Wales verleihen müssten.

Das Scheitern der Konstituante und die Auflösung der Versammlung führt nun zu einem nicht Gutes verheissenden politischen Vakuum das auszufüllen die IRA und die protestantischen paramilitärischen Organisationen zweifellos versuche werden.

./.

- 3 -

Man sieht es dabei in Dublin nicht gerne, dass die britischen Behörden in Nordirland mit diesen terroristischen Organisationen weiterhin inoffizielle Kontakte unterhalten und sie damit zum Schaden der politischen Parteien und ihrer gewählten Vertreter aufwerten. London soll aber vor allem aus sicherheitspolizeilichen und nachrichtendienstlichen Gründen glauben, nicht darauf verzichten zu können. Alles, was der irische Premier von Wilson erreichen konnte, war die ins Schlusscommuniqué aufgenommene Zusicherung, dass eine Lösung des nordirischen Problems nur durch die gewählten Volksvertreter und politischen Parteien und nicht durch Verhandlungen mit paramilitärischen Organisationen gefunden werden könne.

Die auf Grund der Northern Ireland Act, 1974 von Westminster übernommene direkte Verwaltung Nordirlands wird nun weitergeführt. Dies stellt auch nach hiesiger Auffassung die einzige mögliche Alternative dar. Wie lange dieser Zustand dauern wird, ist völlig ungewiss. Nordirland Minister Rees erklärte jedenfalls, dass London in nächster Zeit keine neue Initiative unternehmen werde. Nach ihren bisherigen Erfahrungen sollten die IRA und die Loyalisten endlich zur Einsicht gelangt sein, dass sich die Briten nicht aus Nordirland heraus terrorisieren lassen, bzw. dass sie nicht bereit sind, den protestantischen Loyalisten in einer künftigen Provinzregierung die Allein/herrschaft zuzugestehen, und dass daher ein Regierungssystem gefunden werden muss, das mit der Zustimmung beider Bevölkerungsteile Partnerschaft und Mitbeteiligung gewährleistet. Auf Grund der ebenso langen Erfahrung Dublins mit dem Norden ist man sich hier jedoch bewusst, dass die dort brodelnden politischen und religiösen Leidenschaften diese Erkenntnis verdrängen und X sieht einer politisch sterilen britischen Direktverwaltung der Provinz von 2 bis 3 Jahren entgegen.



(Aman)

Zusammenfassung

Die Aufgabe der 78-köpfigen, von der nordirischen Bevölkerung im Mai 1975 gewählten "Konstituierenden Versammlung" war es gewesen, eine für Protestanten und Katholiken annehmbare Regierungsform zu finden, mit der Auflage Londons allerdings, dass die Beteiligung der Katholiken an der Regierung, das "powersharing", dabei gewährleistet sein müsse. Wie zu erwarten war, ist der Versuch gescheitert und der britische Staatssekretär für Nordirland Rees hat die Versammlung aufgelöst. Die Provinz bleibt weiterhin, für unbestimmte Zeit der direkten Verwaltung durch London unterstellt.

Die Premiers von Irland und Grossbritannien haben die neue Situation in London besprochen. In Dublin herrscht Genugtuung über die Zusicherung Wilsons, dass er seine bisherige Politik trotz dieses neuen Rückschlages nicht ändern werde, d.h. dass sich Grossbritannien weder aus Nordirland absetzen noch auf das Erfordernis der "power sharing" verzichten werde. Neue Initiativen sind von London aber nicht vorgesehen. In Dublin zeigt man sich besorgt über das im Norden neu entstandene politische Vakuum das die IRA und die protestantischen paramilitärischen Organisationen zweifellos auszufüllen trachten werden. Man ist sich aber durchaus bewusst, dass bei der gegenwärtigen Geistesverfassung im Norden eine Lösung wie sie von London, Dublin und der nordirischen katholischen Minderheit gewünscht wird* nicht zu erreichen ist.

* bis auf weiteres einfach

